

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXVI 1–2010

LATEINAMERIKANISCHE KRÄFTEVERHÄLTNISSE IM WANDEL

Schwerpunktredaktion: Stefan Pimmer

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 STEFAN PIMMER
Editorial: Lateinamerikanische Kräfteverhältnisse im Wandel
- 12 STEFAN PIMMER
Neun Jahre PAN-Regierung in Mexiko: Von der passiven
Revolution zur Krise der Hegemonie
- 42 LUCIO OLIVER
Schattierungen einer progressiven Regierung:
Der erweiterte Staat in Brasilien
- 72 TATIANA PÉREZ RAMÍREZ, JAIME ORTEGA REYNA
Volksaufstand, indigene Revolte und die Konturen eines
national-popularen Projekts in Bolivien
- 101 DIANA GUILLÉN
Auf dem Weg zu einem alternativen Staats- und Gesellschafts-
projekt? Überlegungen zur jüngsten Vergangenheit Ekuadors
- 130 Mónica del Carmen Cerón Díaz
Die Transformation der Kräfteverhältnisse in El Salvador:
Vom Ende des Bürgerkriegs zum Triumph der FMLN
- 153 Rezensionen
- 159 SchwerpunktredakteruInnen und AutorInnen
- 162 Impressum

MÓNICA DEL CARMEN CERÓN DÍAZ¹

**Die Transformation der Kräfteverhältnisse in El Salvador:
Vom Ende des Bürgerkriegs zum Triumph der FMLN**

1. Einleitung

Der vorliegende Artikel hat zum Ziel, anhand des Konzepts des erweiterten Staates von Antonio Gramsci die Veränderungen im Verhältnis zwischen politischer und ziviler Gesellschaft in El Salvador in der Zeit nach dem Bürgerkrieg zu untersuchen. Von 1980 bis 1992 durchlebte das kleinste der zentralamerikanischen Länder mehr als ein Jahrzehnt Bürgerkrieg, der wiederum einer fast fünfzigjährigen Periode von Militärregierungen ein Ende gesetzt hatte. Die Unterzeichnung des Friedensvertrags im Jahr 1992 übersetzte sich in ein bescheidenes, aber konstantes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, das dem Land makroökonomische Stabilität verlieh und eine Diversifizierung der auf Kaffeeexport ausgerichteten Wirtschaft mit sich brachte. Ein besonderes Anliegen ist es, das Verhältnis der sozialen und politischen Kräfte des Landes im Augenblick des Wahlerfolgs der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional, FMLN) unter der Führung von Mauricio Funes im Jahr 2009 zu untersuchen. In diesem Kontext werden auch die möglichen Perspektiven der FMLN nach der Regierungsübernahme beurteilt, um sich als Teil eines reformierten Staates zu etablieren, also als staatliche Kraft, die mit den progressiven Kräften der Zivilgesellschaft korrespondiert (Zavaleta Mercado 2008: 46ff). Dies wird jedoch in Form eines Nachworts behandelt, um spekulative Aussagen über eine noch junge Entwicklung zu vermeiden. Am Anfang steht deshalb ein Rückblick auf die Veränderungen der politischen und sozialen Kräfte des Landes in den 1980er und 1990er Jahren.

2. Der zeitliche Kontext 1980–1992

2.1 Ausbruch des Bürgerkriegs und die Friedensverhandlungen

Als Ursachen für den Ausbruch des Bürgerkriegs im Jahr 1980 können folgende strukturelle Faktoren genannt werden: erstens die monokulturelle Ausrichtung der Wirtschaft auf den Kaffeeanbau, die durch die Schwankungen des Weltmarktpreises der Bohne seit 1929 zur ökonomischen Instabilität des Landes führte; zweitens die Gewalt und politische Repression durch die Militärregierungen (1931–1979), die das Land in eine schwere soziale Krise stürzten; drittens das Unvermögen der Institutionen, saubere Wahlen zu garantieren, was wiederum eine Krise der Repräsentativität zur Folge hatte; viertens der US-amerikanische Interventionismus in Zentralamerika im Kontext des Kalten Krieges, der sich in der Unterstützung der Regierungsapparate bei der Niederschlagung und Kontrolle populärer² Kräfte ausdrückte; und schließlich ist auch die Zunahme sozialer Konflikte in Zentralamerika ab den 1970er Jahren zu nennen; diese äußerte sich in der politischen Radikalisierung der vor allem bäuerlich-indigenen Bewegung in Guatemala nach 1975 und dem Volksaufstand in Nicaragua zwischen 1977 und 1979, der zum Sturz der Somoza-Diktatur und zur sandinistischen Revolution führte. Beide Ereignisse gingen der Krise in El Salvador voraus und stehen mit dieser in engem Zusammenhang.

Als konjunkturelle Faktoren, die zwischen 1979 und 1980 unmittelbar den Ausbruch des Volksaufstands bewirkten, sind folgende Ereignisse zentral: zum einen der Staatsstreich des jungen Offizierskorps gegen die Regierung von General Carlos Humberto Romero; des Weiteren ist auch die Vereinigung subalternen Kräfte in der Revolutionären Koordinationsstelle der Massen (Coordinadora Revolucionaria de Masas)³ zu nennen, die sich aus dem Revolutionären Volksblock (Bloque Popular Revolucionario, BPR), der Vereinigten Front für Volksaktion (Frente de Acción Popular Unificado, FAPU), den Volksligen des 28. September (Ligas Populares del 28 de septiembre, LP), der Nationalistischen Demokratischen Unión (Unión Democrática Nacionalista, UDN) und der Befreiungsliga (Liga para la liberación) zusammensetzte; schließlich ist auch die Ermordung von Erzbischof Oscar Arnulfo Romero durch die vom Staat unterstützten Todesschwadronen von großer Bedeutung. Oscar Romero war eine zentrale Figur nicht nur hinsichtlich der Verteidigung von Menschenrechten, sondern

auch in Bezug auf die Publikmachung der Gewalttaten seitens der Militärregierungen. Kurz vor seiner Ermordung missbilligte der Bischof öffentlich, dass die USA ökonomische Unterstützung angeboten hatten, und forderte Präsident Jimmy Carter auf, nicht in die politische Situation des Landes zu intervenieren. Gleichzeitig rief er die christdemokratische Regierung auf, den Konflikt auf politischem Wege anstatt mithilfe von Waffen zu lösen (vgl. Gordon 1989: 305).

Im Laufe des Bürgerkriegs erarbeiteten die aufständischen Kräfte, angeführt durch die Demokratische Front El Salvadors (Frente Democrático Salvadoreño, FDR) und die FMLN, drei unterschiedliche Angebote für Friedensverhandlungen. Diese beinhalteten zu Beginn tief greifende politische und ökonomische Reformen, verloren jedoch zunehmend ihren radikalen Charakter und hatten gegen Ende des Konflikts vornehmlich die Einbindung der Guerillaorganisationen in die Spielregeln der repräsentativen Demokratie zum Ziel. Der erste Vorschlag wurde 1981 unterbreitet und sah die Einführung einer Demokratisch-Revolutionären Regierung (Gobierno Democrático Revolucionario, GDR) vor, die auf den Prinzipien der nationalen Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung, der Umstrukturierung der Streitkräfte, der Religionsfreiheit, einem gemischten Wirtschaftsmodell, einer blockfreien Außenpolitik und der Einberufung von Wahlen basierte (vgl. Burgos 1994: 93). Der zweite Vorschlag entstand im Rahmen der Verhandlungen von 1984 und basierte auf der Forderung einer Regierung breiter Beteiligung (Gobierno de Amplia Participación, GAP), also auf einem Modell der „geteilten Regierungsführung“. Die soziale Basis der Guerillaorganisation stellte den revolutionären Charakter dieses Vorschlags allerdings in Frage, da er die Forderungen des ersten Vorschlags einer Demokratisch-Revolutionären Regierung untergrub. Der dritte Vorschlag wurde im Rahmen des Dialogs mit der salvadorianischen Regierung im Jahr 1989 unterbreitet, wobei die politisch-militärische Oppositionsfront FDR-FMLN einzig die allgemeinen Verhandlungsthemen wie Frieden und Demokratie aufgriff. Dieser letzte Vorschlag bildete die Grundlage der darauf folgenden Friedensverhandlungen und klammerte das radikale Reformprojekt aus, das zu Beginn der Auseinandersetzungen entworfen worden war und die Verteidigung der nationalen Souveränität, die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung und die Einführung einer unabhängigen Außenpolitik zum Inhalt hatte (vgl. ebd.). Letzten Endes

blieb von den ursprünglichen Forderungen also nur mehr die Konstituierung der Guerillaorganisation als politische Partei übrig.

Zeitgleich zu dieser allmählichen Modifikation der Forderungen der revolutionären Kräfte verfolgte das kontrarevolutionäre Projekt, unterstützt von der US-amerikanischen Regierung unter Ronald Reagan, eine militärische Lösung des Konflikts. Abseits der Verhandlungswege und aufbauend auf der Strategie eines Kriegs „niedriger Intensität“ wurde die Wiederherstellung der alten Zustände und die Einführung eines Modells repräsentativer Demokratie angestrebt. Mithilfe zweier Taktiken gelang es schließlich der christdemokratischen Regierung von José Napoleón Duarte (1984–1989), die drohende militärische Niederlage der kontrarevolutionären Kräfte abzuwenden: Einerseits setzte man in den militärischen Auseinandersetzungen zusehends auf eine gezieltere und punktuelle Bekämpfung der aufständischen Gruppen, um von der Guerrilla eingenommene Territorien wieder zu gewinnen. Andererseits wurde auch eine begrenzte politische Öffnung mittels kontrollierter Wahlen eingeleitet (vgl. ebd.: 94f). Sowohl die Vorschläge und Positionen der aufständischen als auch der kontrarevolutionären Kräfte gingen in die programmatische (1990–1992) und operative Phase (1992–1994) der Friedensverhandlungen ab 1989 ein. Diese mündeten schließlich in die Unterzeichnung der Friedensverträge von Chapultepec am 16. Jänner 1992 und gaben den Anstoß zu fünf grundlegenden Reformen: (1) der Eingliederung der FMLN in die institutionalisierte Politik und die Amnestie ihrer Mitglieder, (2) die radikale Veränderung der Beziehung zwischen zivilen und militärischen Kräften, die zur Entmilitarisierung der Polizeieinheiten und zur Bildung einer nationalen Zivilpolizei (*Policía Nacional Civil*) führte, (3) ein Programm sozioökonomischer Reformen, (4) Reformen des Justizsystems und (5) Reformen des Wahlsystems.

Im Rahmen des sozioökonomischen Reformprogramms suchte die Regierung anhand von drei Instrumenten, die entwaffneten Truppen der Guerilla in das zivile Leben zu integrieren: erstens mit dem Programm zur Übertragung von Land (*Programa de Transferencia de Tierras, PTT*), das die vom Christdemokraten José Napoleón Duarte begonnene Landreform abschloss und zur „Umverteilung“ von 295.694 Hektar Land an zirka 85.000 Familien führte, fast zwanzig Prozent der nutzbaren Anbauflächen von El Salvador (vgl. Foley et al. 1997: 2); zweitens mithilfe der Einrichtung eines Forums der Sozialen und Wirtschaftlichen Vereinbarung (*Foro de Concer-*

tación Social y Económico), das VertreterInnen von Gewerkschaften und Bauernverbänden, des Unternehmenssektors und der Regierung zusammenbrachte, um Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsreformen auszuarbeiten; das mangelnde Interesse der Regierung und das Ausbleiben internationalen Drucks führten allerdings dazu, dass das Forum seine Arbeit einstellte (vgl. Pirker 2008: 288); und drittens durch den Plan zum nationalen Wiederaufbau mit dem Ziel, in die vom Bürgerkrieg betroffenen Gebiete zu investieren. In diesem Sinne sollten Investitionen in „grundlegende Infrastrukturmaßnahmen im sozialen und produktiven Sektor sowie in den Erwerb von Land“ fließen (ebd.: 291). Diese Investitionen förderten zwar die Ausbreitung von Nichtregierungsorganisationen, die auf den Bereich der sozialen Entwicklung im Land spezialisiert waren. Insgesamt wurde jedoch bei der Ausarbeitung und Ausführung dieser Reformprogramme deutlich, dass die politischen Eliten kein Interesse hatten, die Forderungen der Gewerkschaften und Bauernverbände zu berücksichtigen. Damit wurde auch eine effektive Eingliederung dieser Bevölkerungsschichten in das Projekt der herrschenden Klassen unterbunden.

Aufbauend auf dieser Ausgangslage und als Resultat der Friedensverhandlungen nahm in der Zeit nach dem Bürgerkrieg eine Neukonfiguration der politischen und sozialen Kräfte El Salvadors ihren Anfang. Diese äußerte sich in einem Bruch zwischen den verschiedenen Kräften der politischen und der zivilen Gesellschaft, die die Schaffung eines neuen politisch-sozialen Gleichgewichts auf nationaler Ebene erforderlich machte. Inmitten dieser Umbrüche bewirkte die Entscheidung der FMLN, sich als politische Partei zu konstituieren, nicht nur die Zersplitterung ihrer fünf Gründungsorganisationen, sondern auch den Verlust der Unterstützung weiter Teile der organisierten Bevölkerung. Letzterer Umstand ist hauptsächlich der Tatsache geschuldet, dass mit der Einbindung der bewaffneten Linken in das repräsentative politische System auch eine neue Logik der Organisation und der politischen Auseinandersetzungen Einzug hielt. Dies nahm viele Ressourcen der ehemaligen Guerillaorganisation in Anspruch und führte letzten Endes zu einer nicht beabsichtigten Vernachlässigung ihrer sozialen Basis und zur Schwächung ihrer Verbindungen zu den popularen Organisationen und der Gewerkschaftsbewegung.

2.2 Die Eroberung der politischen Macht durch die ARENA und die Modernisierung der Oligarchie

Zur Überraschung der linksgerichteten politischen Organisationen, deren militärischer Sieg unmittelbar bevorstanden war und nur durch die Intervention der USA verhindert wurde, ging in den Präsidentschaftswahlen vom Mai 1989 die konservative Partei der Republikanisch-Nationalistischen Allianz (Alianza Republicana Nacionalista, ARENA) als Siegerin hervor. Die rechtsgerichtete Partei erlangte die Präsidentschaft hauptsächlich aufgrund ideologischer und wirtschaftlicher Faktoren, wie der allgemeinen Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung und der Dringlichkeit von Hilfsmaßnahmen für die im Bürgerkrieg wirtschaftlich am stärksten betroffenen Bevölkerungsschichten. In diesem Kontext entwickelte sich zwischen den beiden stärksten politischen Kräften des Landes, der ARENA und der FMLN, eine Auseinandersetzung um den Einfluss auf die arbeitende Bevölkerung in der Stadt und auf dem Land (vgl. Ruiz Contardo et al. 1990: 287).

Neben dieser neuen politischen Situation der Nachkriegszeit kam es auch zu einer Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen El Salvadors. Die ebenfalls als Elite der „Kaffeerepublik“ bekannte Oligarchie, verkörpert durch die „14 Familien“,⁴ hatte ihre Vorherrschaft von 1880 bis 1979 erfolgreich mithilfe einer traditionellen und agrarischen Ideologie sichern können (vgl. Velásquez Carrillo 2009). Ihr Herrschaftsmodell stützte sich auf ihr Monopol in der Landwirtschaft und auf die Streitkräfte, die vor dem Bürgerkrieg die Rolle einer politischen Partei einnahmen. Die Krise der Kaffeepreise gegen Ende der 1970er Jahre, der Staatsstreich vom Oktober 1979 und die kontrarevolutionäre, von Washington entworfene Strategie während der 1980er Jahre bedeuteten jedoch einen schweren Schlag für die oligarchische Herrschaft. Dazu kam ein ideologischer Kurswechsel von Präsident Alfredo Cristiani, der die Hinwendung zum international hegemonialen Neoliberalismus und dessen von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond geförderten Wirtschaftsmodell implizierte. Die Machtergreifung von Cristiani verkörperte den Triumph des modernsten Flügels innerhalb der Oligarchie, und viele der neuen Protagonisten kamen nicht notwendigerweise aus dem historischen Kern der 14 Familien (vgl. ebd.). Währenddessen wurden seitens des traditionellen Flügels der Oligarchie zwei Wege eingeschlagen, um die eigene Krise zu bewältigen. In politischer Hinsicht versuchten die leitenden Kräfte der Oligarchie, die wenigen Einflussmittel

zu nutzen, die ihnen innerhalb von ARENA noch zur Verfügung standen. Um ihre Vorherrschaft wiederherzustellen, setzten sie auf den Präsidentschaftskandidaten Armando Calderón Sol. In wirtschaftlicher Hinsicht wurde eine Modernisierung und Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion in Gang gesetzt, die sich zudem auf den Finanz- und Importsektor stützte. Dadurch wurde der Entstehung „neuer“ regionaler Eliten, die sich transnational artikulierten, der Weg bereitet. Diese Strategie wirkte sich in hohem Maße auf die Neuzusammensetzung der Herrschaftsstrukturen aus: „Das Lager der Unternehmer und des Finanzsektors, das die neoliberale Fahne hochhielt und fast vollständig ihrer traditionellen Vergangenheit absagte, konstituierte sich in acht Unternehmergruppen, die die salvadorianische Wirtschaft seit 1989 dominieren: Cuscatlán, Banagrícola, Banco Salvadoreño, Banco de Comercio, Agrisal, Grupo Poma, Grupo de Sola und Grupo Hill“ (ebd.).

3. Die Wahlen nach den Friedensverhandlungen: 1994–1999

3.1 Zwischen der Festigung und dem Verlust der Hegemonie

Obwohl die FMLN zwar als offizielle Partei anerkannt wurde, war zwischen 1994 und 1999 ihr Einfluss als politische Kraft relativ gering. Diese Periode war von Auseinandersetzungen im Inneren der Partei geprägt, die eine Umdefinierung ihres ideologischen Projektes und eine Neuausrichtung ihrer Strukturen zum Inhalt hatten. Vor allem aber stellte sich die Frage, inwieweit die Partei bereit war, ihr ursprüngliches ideologisches Projekt abzuändern, um an den offiziellen demokratischen Prozessen teilzunehmen. Zudem sah sich die Partei mit einem Problem konfrontiert, das in Zusammenhang mit dem Resultat des Friedensabkommens stand: Sie musste den Rückschlag und die Enttäuschung großer Teile der Zivilgesellschaft und besonders ihrer eigenen sozialen Basis gewärtigen, die sich angesichts der Verwässerung ihrer Forderungen im Friedensabkommen breit machte. In diesem Sinn kennzeichnete sich diese Periode durch eine Passivität vieler progressiver zivilgesellschaftlicher Sektoren in den sozialen Kämpfen, die erst 1999 durch den Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung zu einem Ende kam.

Vor diesem Hintergrund kommt den Wahlen von 1994 und 1999 große Bedeutung zu. Jene von 1994 waren von historischer Tragweite, da sie nicht nur erstmals in Friedenszeiten stattfanden, sondern auch zum ersten Mal die FMLN in die offizielle Parteienlandschaft inkludiert wurde. Sie zeigten auch die ideologischen Verbindungen zwischen dem modernen Flügel der Oligarchie und weiten Teilen der Bevölkerung auf. Nach zwei Wahlgängen konnte sich der Kandidat der ARENA, Armando Calderón Sol, gegenüber dem Wahlbündnis zwischen der FMLN und der Demokratischen Konvergenz (Convergencia Democrática, CD) durchsetzen. Gemäß den Daten des Obersten Wahltribunals El Salvadors (Tribunal Supremo Electoral, TSE) kamen auf die ARENA im ersten Wahlgang am 20. März 49,3 % und im zweiten am 23. April 68,3 % der Wählerstimmen. Dabei erhielt sie die Stimmenmehrheit in allen Provinzen des Landes (PDBA 2009: o.S.).

Dieser Triumph des rechten Lagers kann durch mehrere Faktoren erklärt werden. An erster Stelle ist die „relativ“ gute makroökonomische Bilanz der Regierungszeit von Alfredo Cristiani zu nennen, die auf der Repatriierung des Kapitals der privaten Großunternehmen nach Kriegsende und dem überraschenden Wachstum des Dienstleistungssektors beruhte (beide Phänomene waren allerdings nur von kurzer Dauer). An zweiter Stelle spielte die autoritäre, paternalistische Tradition des Landes eine Rolle, die die Neigung eines Großteils der Wählerschaft zugunsten der rechten Kräfte implizierte. An dritter Stelle war eine generelle Demobilisierung der Gesellschaft ausschlaggebend, die sich als Folgeerscheinung des Bürgerkriegs breit machte. Und schließlich trug auch die millionenschwere Wahlkampagne der ARENA zu ihrem Triumph bei. Dabei wurde die von ihr geförderte „Friedenskultur“ und die parteiinterne Modernisierung und Demokratisierung besonders hervorgehoben (vgl. Acevedo 1994: 203f).

Die FMLN konzentrierte sich demgegenüber darauf, ihre Verhandlungsrolle in den Friedensverträgen zu betonen. Allerdings muss eingestanden werden, dass sie es trotz ihrer Bemühungen hinsichtlich der juristischen, konstitutionellen und der Wahlrechtsreform versäumt hatte, Maßnahmen für die Veränderung des Wirtschafts- und Sozialsystems festzulegen. Diesbezüglich waren ihre Versuche zur Aufrechterhaltung einer ideologischen Bindung zu den einfachen Bevölkerungsschichten nicht ausreichend. Paradoxerweise konzentrierten sich die Stimmen für die linksgerichtete Partei auf die dichtbesiedelten Gebiete und nicht auf den ländlichen Raum, der

während des Bürgerkriegs ihre soziale Basis dargestellt hatte. Damit wurde deutlich, dass die neuen Bindungen zwischen politischer und ziviler Gesellschaft neben einer veränderten ideologischen Ausrichtung auch eine andere Art von Beziehungen zwischen den progressiven Kräften und der Bevölkerung erforderten.

Im Gegensatz zur Stimmung bei den Präsidentschaftswahlen von 1994, die als „Wahlen des Jahrhunderts“ bezeichnet wurden, blieben 1999 65 % der Wahlberechtigten dem Urnengang fern. Dies war zu einem wesentlichen Teil auf die nichts sagenden Wahlkampagnen, das Fehlen einer realen Opposition und der mangelnden Repräsentativität der politisch-ideologischen Projekte der ARENA zurückzuführen. Im Grunde genommen bemühten sich sowohl Francisco Flores (ARENA) als auch Facundo Guardado (FMLN-USC) in ihren Wahlkampagnen, ein korrektes und sorgfältiges Bild vor den Massenmedien abzugeben. Der Datenbank des Obersten Wahltribunals zufolge ging Francisco Flores mit 57,7 % der Stimmen als Sieger hervor, während Facundo Guardado 35,7 % der Stimmen erhielt (BDTSE 2009). Unter den Faktoren, die den Triumph der ARENA erklären, muss insbesondere ihre Wahlkampfstrategie hervorgehoben werden. In deren Rahmen gelang es, die FMLN und ihre Kandidaten zu diskreditieren und ihr einseitig die Schuld an den Zerstörungen und Todesopfern des Bürgerkrieges zuzuschreiben. Die Wahlkoalition FMLN-USC ihrerseits ignorierte diesen Affront und konnte auch die Verschleißerscheinungen von zehn Jahren rechtsgerichteter Regierungen nicht gewinnbringend für sich ausnützen. Außerdem ging sie fälschlicherweise davon aus, dass ihr die in den Parlamentswahlen von 1997 erreichten Stimmengewinne einen politischen Vorteil verschaffen würden.

Zu den strukturellen Faktoren, die den Wahlsieg von Francisco Flores erklären, zählt unter anderem die Tatsache, dass die Auseinandersetzung zwischen den beiden stärksten politischen Kräften des Landes (ARENA/FMLN) nicht in Erwägung zog, dass das salvadorianische Volk aus der Lethargie der Nachkriegszeit erwachte und sich neu organisierte. Die Suche nach politischen Optionen verhalf so der kleinen Linkspartei Vereinigtes Demokratisches Zentrum (Centro Unido Democrático) auf den dritten Platz bei den Wahlen und bewirkte, dass diese einen beträchtlichen Anteil der Wählerstimmen der FMLN abschöpfte. Die Situation zeigte wieder einmal die Schwäche der Bindungen der FMLN zu den linksgerichteten

gesellschaftlichen Sektoren. Letztendlich trug dieses Machtvakuum im linken Spektrum dazu bei, dass das hegemoniale Projekt der rechtsgerichteten Partei eine stabile Grundlage auf wirtschaftlicher, politischer, rechtlicher und ideologischer Ebene fand, und erlaubte gleichzeitig den herrschenden Gruppen El Salvadors, die Kontrolle über den Staat auszubauen.

3.2 Das Wiederaufleben der sozialen Kämpfe: die Anti-Privatisierungsbewegung und der Gewerkschaftskampf

In der dritten Legislaturperiode der ARENA unter dem Vorsitz von Francisco Flores kam es angesichts der Notwendigkeit, die rechtsgerichtete Regierung zu legitimieren, zu einem „formellen“ Dialog zwischen politischer und ziviler Gesellschaft. Der Präsident beauftragte mehrere Umfragen in der Bevölkerung, die seinen Verlautbarungen gemäß Einfluss auf sein Regierungsprogramm haben sollten. Gleichzeitig wurden Parlamentswahlen ausgerufen und von der Gesellschaft gefordert, eine KandidatInnenliste für das Amt des Oberstaatsanwalts aufzustellen. Den Hintergrund dieser beiden „populären“ Strategien bildeten erneute soziale Unruhen. Im Zuge der Privatisierungsmaßnahmen durch die ARENA war es zwischen 1994 und 1998 zu einer Radikalisierung weiter Teile der Zivilgesellschaft gekommen. Obwohl die Kräfteverhältnisse auf politischer Ebene und die Kontrolle der ARENA über die staatlichen Institutionen einen Erfolg der Anti-Privatisierungsbewegung verhindern konnten, führten die Proteste zu einem erhöhten Zusammenhalt unterschiedlicher Bevölkerungsteile und vor allem zu einem Wiederaufleben der Gewerkschaftsbewegung. Diese rekonstituierte sich unter der Führung neuer AkteurInnen aus dem öffentlichen Sektor, allen voran der Angestellten des Gesundheitswesens. Zudem konnte die FMLN durch ihre Unterstützung der Anti-Privatisierungsbewegung ihren Einfluss auf gesellschaftliche Sektoren ausweiten, zu denen sie zuvor keinen Zugang gehabt hatte.

Der bedeutendste unter den Gewerkschaftskämpfen war der Arbeitskonflikt der Mediziner- und Arbeitergewerkschaft des Instituts für Sozialversicherung El Salvadors (Sindicato de Médicos y Trabajadores del Instituto del Seguro Social Salvadoreño, SIMETRIS) um Lohnerhöhungen der Angestellten im Gesundheitswesen. Schlüsselemente des Konflikts waren der erste Streik zwischen 1999 und 2000 sowie der zweite zwischen September 2002 und Februar 2003. Die starke Opposition der Gewerkschaftsbewe-

gung im Gesundheitssektor gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik führte zum Aufbau von Beziehungen zu einigen sozialen Bewegungen, aber auch zum Zusammenschluss anderer gewerkschaftlicher Organisationen (vgl. Pirker 2008: 355). Beispiel für Letzteres war die Gründung der Bewegung Integrierter Arbeiterorganisationen (Movimiento de Organizaciones Laborales Integradas, MOLI) im Jahre 1999, die unter anderem die Angestelltenvertretungen im Bereich der Bildung, der Gesundheit, des öffentlichen Bausektors, des Gerichtswesens und des Zolls umfasste. Darüber hinaus erfolgte die Zusammenführung von über zwanzig Gewerkschaften in der Nationalen Bewegung für die Verteidigung des Volkes (Movimiento Nacional Pro Defensa del Pueblo) sowie die Entstehung der Bürgerallianz gegen die Privatisierung (Alianza Ciudadana Contra la Privatización) im Jahre 2002. Letzterer gehören soziale und Nichtregierungsorganisationen an, die den Gewerkschaftskampf im Gesundheitssektor unterstützen. Letztendlich deuteten diese Protestbewegungen eine tatsächliche Transformation der Zivilgesellschaft an, was wichtige Konsequenzen für den darauf folgenden Wahlkampf haben sollte.

In Anbetracht der aufgezeigten Entwicklung wird aber auch deutlich, dass die beiden wichtigsten Momente sozialer Mobilisierung sich nach dem Rhythmus der Wahlen richteten. Der Anti-Privatisierungskampf zwischen 1994 und 1998 begann und endete gleichzeitig mit dem Mandat von Armando Calderón Sol, während die Gewerkschaftsbewegung zu Beginn der Amtszeit von Francisco Flores wiedererstarke und ihren Höhepunkt erreichte. Daraus lässt sich schließen, dass der Gewerkschaftskampf zwar zur Konsolidierung der eigenen gewerkschaftlichen Organisation führte, eine eigenständige politische Strategie seitens der sozialen Bewegungen insgesamt jedoch ausblieb.

4. Soziale Polarisierung oder Machtverschiebung?

Die Wahlgänge in den Jahren 2004 und 2006

Ende des Jahres 2003 kam es zu einer bedeutenden Zunahme anti-neoliberaler Protestaktionen seitens progressiver Sektoren der Zivilgesellschaft, ausgelöst durch zwei wichtige Entscheidungen der Regierung Francisco Flores: Zum einen wurde die Unterstützung des Irakkriegs der USA beschlossen (26. Juli 2003), zum anderen die Unterzeichnung des Plan

Puebla-Panamá und der Freihandelsverträge mit den USA und Mexiko. Während dieser Periode verstärkten sich von neuem die Verbindungen zwischen der FMLN und den sozialen Bewegungen. Die linksgerichtete Partei erkannte die internen Veränderungen der Zivilgesellschaft, die eine ideologische und politische Distanzierung der popularen Sektoren vom Projekt der rechtskonservativen Kräfte zur Folge hatte. Diese Tendenzen sollte sie im Kontext der darauf folgenden Wahlen zu nutzen wissen. Die Partei versuchte ihre Führungsriege, allen voran die Parlamentsabgeordneten, als VerfechterInnen der gewerkschaftlichen Rechte darzustellen. In Anbetracht der repressiven Vorgehensweise der Regierung gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung festigte Salvador Sánchez Ceren – damals Generalsekretär der Partei – diese Position der FMLN, indem er beständig die Übergriffe der Nationalen Zivilpolizei (Policía Nacional Civil, PNC) und der Einheit für die Aufrechterhaltung der Ordnung (Unidad de Mantenimiento del Orden, UMO) anprangerte.

Dieses gesellschaftliche Panorama stellte auch die Ausgangslage für die Präsidentschaftswahlen von 2004 dar, in denen sich der Unternehmer Elías Antonio Saca (ARENA) und Shafik Handal gegenüberstanden. Handal, langjähriger Anführer der Kommunistischen Partei El Salvadors, war auch ehemaliger Guerillaführer der FMLN und vertrat die sozialistische Ideologie des orthodoxen Flügels seiner Partei. Die Wahlstrategie der ARENA maß den Massenmedien eine entscheidende Rolle hinsichtlich der Errichtung eines neoliberalen Staatsprojektes in Zentralamerika bei und stützte sich auf die Verbreitung der „Angst vor dem Kommunismus“. Die Zielgruppe dieser Kampagne, die einen möglichen Wahlsieg der FMLN mit der Destabilisierung des Landes und mit diplomatischen Konflikten mit den USA in Verbindung brachte, waren vor allem Klein-, Mittel- und GroßunternehmerInnen. Gleichzeitig wurde unter den EmpfängerInnen von *remesas* – privaten Geldüberweisungen vor allem aus den USA – und generell unter Familien, die Angehörige im Ausland hatten, ein Klima der Angst und Unsicherheit geschürt. Man versicherte etwa, dass ein Wahlsieg von Shafik Handal negative Auswirkungen auf die Geldzuwendungen aus dem Ausland haben würde. Weiters wurde die ARENA von Mitgliedern der Bush-Regierung und ihrer AnhängerInnen im US-Kongress unterstützt, die damit drohten, den *Temporal Protection Status* salvadorianischer StaatsbürgerInnen in den USA im Falle eines Wahlsieges von Handal gege-

benenfalls zu überdenken (vgl. Fundación Promotora de Cooperativas 2004: o.S.).

Im Gegenzug zur Diffamierungs- und Hetzkampagne der ARENA präsentierten Shafik Handal und Guillermo Mata – der Anführer der SIMETRISSS während des Streiks des salvadorianischen Sozialversicherungsinstituts – das Sozial- und Demokratieprogramm für El Salvador (Programa Social y Democrático para El Salvador, PSD). Dieses beinhaltete unter anderem eine Steuer- und Bildungsreform, die Neuaushandlung der öffentlichen Schulden, die Umverteilung der öffentlichen Ausgaben, eine Dezentralisierung der Investitionen für die regionale Entwicklung, die Bekämpfung der Korruption, eine Anhebung der Löhne, ein Ende der Privatisierungswelle von Staatseigentum, die Revision des Freihandelsvertrags mit den USA und die Schaffung einer nationalen Entwicklungsbank. Eine der zentralen Forderungen des Programms war auch die Wiedereinführung des Colón, die die 2001 erfolgte Dollarisierung der salvadorianischen Wirtschaft rückgängig machen sollte. Das ideologische Projekt Shafik Handals, das dieser schon seit der Gründung der FMLN als Guerillaorganisation vorangetrieben hatte, war noch in den 1990er Jahren und vor dem Hintergrund eines neoliberalen Aufschwungs und der Verringerung der Staatsinterventionen anachronistisch erschienen. Ab dem Jahre 2002 veränderte sich jedoch die subjektive Wahrnehmung in der Gesellschaft, sodass das Sozial- und Demokratieprogramm als etwas Neues dargestellt werden konnte.

Die Veränderung der politischen und sozialen Kräfteverhältnisse dieser Periode äußerte sich in zwei unterschiedlichen Strategien im Kampf um die Gunst der Wählerschaft. Die FMLN setzte auf Allianzen sowohl mit historisch wichtigen Organisationen aus dem Umfeld der Volksbewegungen als auch mit jüngeren Organisationen, die während der Anti-Privatisierungsbewegung entstanden waren. Dazu gehörten die Widerstandsbewegung des 12. Oktober (Movimiento Popular de Resistencia 12 de Octubre, MPR-12), der Soziale Volksblock (Bloque Popular y Social, BPS), die Revolutionäre Tendenz (Tendencia Revolucionaria, TR), die Bürgerallianz gegen Privatisierungen (Alianza Ciudadana Contra las Privatizaciones) und die Bewegung Heimat für alle (Movimiento Patria para Todos) (vgl. Pirker 2008: 361). Die ARENA wiederum konsolidierte ihre Beziehungen zur salvadorianischen Oligarchie und einigen Sektoren der Zivilgesellschaft. Zum Teil geschah dies mithilfe von Organisationen wie dem Nationalen Verband

Privater Unternehmen (Asociación Nacional de la Empresa Privada, ANEP), der Stiftung El Salvadors für Nachhaltige Entwicklung (Fundación Salvadoreña de Desarrollo Sostenible, FUSADES) und der Stiftung für die Freiheit (Fundación para la Libertad). Auch die Verbindungen mit den Medien wurden gefestigt, wie etwa im Fall des Fernsehunternehmens *Telecorporación Salvadoreña* (TCS), der *Prensa Gráfica*, der Zeitung *El Diario de Hoy* und den Radiosendern der Familie Saca (vgl. ebd.).

Aus diesen unterschiedlichen Wahlstrategien der beiden stärksten politischen Kräfte des Landes ging schließlich der Kandidat der ARENA mit 57,7 % der gültigen Stimmen als Sieger hervor (PDBA 2009). Eine strukturelle Interpretation dieses Ergebnisses zeigt, dass die antikommunistischen Bekundungen seitens der USA die Wahl maßgeblich beeinflussen konnten, vor allem, wenn man die enorme Abhängigkeit der Familieneinkünfte von den Rücküberweisungen aus dem Ausland bedenkt. Allein im Jahr 2002 erhielten 22,2 % der Haushalte El Salvadors Geldüberweisungen aus den USA. Diese wurden zum größten Teil für Konsumgüter, Bildung und medizinische Versorgung ausgegeben (DGECS 2003).

Im Hintergrund der Wahlen ließen massive Korruptionsvorwürfe den Verschleiß der öffentlichen Institutionen erkennen, vor allem des Obersten Gerichtshofs von El Salvador, der die Anzeigen gegen die Unregelmäßigkeiten im Wahlgang ignorierte. Dazu gehörte, dass die Wahlkampagne von Elías Antonio Saca vor der im Wahlgesetz festgelegten Periode begonnen wurde. Zweitens wurde kritisiert, dass der Oberste Gerichtshof zahlreiche Anzeigen von Verstößen gegen das Wahlgesetz unberücksichtigt ließ, wie zum Beispiel die Gewaltanwendung von ARENA-AnhängerInnen gegenüber Mitgliedern der FMLN. Schließlich ging der Oberste Gerichtshof auch nicht auf den Vorwurf der Stiftung zur Förderung von Kooperativen (Fundación Promotora de Cooperativas) ein, die nach eigenen Angaben Beweise vorgelegt hatte, die auf einen Stimmenkauf am Wahltag hindeuteten. Gegen 20 US-Dollar pro Stimme sollten WählerInnen gekauft worden sein, wobei man sich die Unwissenheit und die Not der Menschen zunutze machte. Dieser Vorwurf gewinnt auch angesichts der Untersuchung des Centro de Información, Documentación y Apoyo a la Investigación (CIDAI) der Zentralamerikanischen Universität José Simeón Cañas (UCA) an Bedeutung. Diese Studie der Wahlen von 2004 belegte, dass die ARENA in dem Maße höhere prozentuelle Stimmenanteile gegenüber der FMLN gewinnen konnte, je niedriger

der Human Development Index (HDI) war. Stieg der HDI hingegen, verringerte sich auch der prozentuelle Vorteil der ARENA gegenüber der FMLN substantiell. Dies gilt ebenso in Bezug auf den Bildungsindex: In Gebieten mit niedriger Bildung erhöhte sich der Stimmenanteil der ARENA gegenüber der FMLN, während ein höheres Bildungsniveau mit dem Stimmenverlust der ARENA einherging (vgl. González 2004: 233ff). Diese Ergebnisse untermauern die Hypothese, dass das ideologische Angebot der FMLN für die popularen Bevölkerungssegmente nicht ausreichend war. Obwohl die FMLN in der Wahl von 2004 ein alternatives Programm ausarbeiten konnte, zeigte die fehlende Unterstützung in den ländlichen Gebieten und seitens der Bevölkerungsschichten mit geringerem Bildungsstand, dass sie sich noch nicht wirklich als populäre Option etabliert hatte.

Während der Kommunal- und Parlamentswahlen im Jahr 2006 wurde offensichtlich, dass die politische Polarisierung zwischen ARENA und FMLN auf die Gesellschaft übergegangen war und keine der beiden Parteien eindeutige Siege verzeichnen konnte. In wiederholten Protestkundgebungen auf den Straßen äußerte sich der Missmut der Bevölkerung, während sich ein Großteil von den Wahlen fernhielt (vgl. CIDAI 2006: 202). 54,2 % der Wahlberechtigten nahmen nicht an den Wahlen teil, ein Ausdruck der allgemeinen Unzufriedenheit der Menschen und auch des Wunsches nach einer institutionellen Erneuerung mit Veränderungen der Funktionsweise und der Dynamik des Wahlsystems. Letztendlich ging die ARENA siegreich aus den Wahlen hervor und konnte neben 147 BürgermeisterInnen auch die meisten Abgeordnetensitze im Parlament für sich verbuchen (34 der 84 Sitze, die zur Wahl standen). Gegen den Sieg der ARENA sprach allerdings die geringe Legitimität der Regierung von Elías Antonio Saca. Gemäß dem Universitätsinstitut für Öffentliche Meinung (Instituto Universitario de Opinión Pública (IUDOP) der Zentralamerikanischen Universität José Simeón Cañas fiel die Zustimmung für die Regierung zwischen August 2004 und Mai 2007 auf einer Skala von 1 bis 10 von 7,3 auf 5,7 Punkte (vgl. Aguilar 2007: 505). Dieses Umfragetief gründete auf zwei strukturellen Problemen: Zum einen schlug sich die Wirtschaftspolitik der Regierung und deren makroökonomische Stabilisierung nicht in einer Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung nieder. Zum anderen wurden nur beschränkte Maßnahmen zur Verhinderung sozialer Gewalt eingeleitet, sodass die Mordraten weiter stiegen.

5. Das Ende der ARENA-Regierungen und der Wahlsieg von Mauricio Funes

5.1 Das ökonomische Erbe der ARENA-Regierungen

Die soziale und ökonomische Hinterlassenschaft von zwei Dekaden ARENA-Regierungen und ihrem auf ausländische Investitionen fokussierten Entwicklungsmodell ist entmutigend. Seit den Jahren 1991/1992 wurde in Zentralamerika ein Wirtschaftsmodell durchgesetzt, das auf der Liberalisierung der Preise, der Abschaffung von Zöllen und anderer Handelshemmnisse, der Förderung des Exports nicht-traditioneller Güter und der Privatisierung öffentlicher Wirtschafts- und Industrieunternehmen basierte (vgl. Pirker 2008: 302f). Wesentliche Ziele waren dabei die Dezentralisierung und Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen im Bereich Bildung, Gesundheit und der Pensionen, die Öffnung für ausländische Investitionen, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Integration der Region in den US-Markt durch das Zentralamerikanische Freihandelsabkommen (CAFTA) zwischen den USA, Zentralamerika und der Dominikanischen Republik.

In El Salvador kamen diese Maßnahmen durch die Wirtschaftspolitik der ARENA-Regierungen fast vollständig zur Anwendung. Obwohl aufgrund der Proteste der SIMETRISSS die Privatisierungsmaßnahmen im Gesundheitssektor begrenzt werden konnten, wurde das Pensionssystem im Jahr 1998 auf das Modell der individuellen Kapitalvorsorge umgestellt. Der Bildungssektor wurde formell betrachtet nicht von der Privatisierungswelle erfasst, auch wenn die Kredite der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) für höhere Bildung im Jahr 2005 als Privatisierung wahrgenommen wurden.

Die ausländischen Investitionen, besonders jene US-amerikanischer Herkunft, spielten für die Dynamik der salvadorianischen Wirtschaft eine besondere Rolle, was einem durch die ARENA vorangetriebenen Subventionsmodell für die Oligarchie gleichkam (vgl. Boyer 2009: 10). Zwischen 1998 und 2008 nahmen die aus den USA kommenden Direktinvestitionen konstant den ersten Rang ein. Ein wesentlicher Anstieg auf 40,5 % der gesamten Direktinvestitionen wurde im Jahr 2001 verzeichnet, was mit der Dollarisierung der salvadorianischen Wirtschaft in Verbindung stand. Obwohl sich von 1998 bis 2004 Direktinvestitionen aus Venezuela

an zweiter Stelle hinter den USA befanden, brach die venezolanische Regierung ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit El Salvador ab. Dies hatte zur Folge, dass Mexiko nach den USA zum zweitgrößten Investor des zentralamerikanischen Landes aufstieg. Im Allgemeinen verteilen sich die Investitionen auf die Sektoren Elektrizität, Kommunikation, Industrie und Handel, wobei ab 2006 der Anstieg der Direktinvestitionen im Finanzsektor von Bedeutung ist (vgl. BCRS 2008).

In Bezug auf die Landwirtschaft kam es zu einer Diversifizierung des vormals allein auf Kaffee ausgerichteten Anbaus, die neben dem Exportprodukt Zuckerrohr auch Produkte für den Eigenbedarf wie Mais, Bohnen und Reis umfasste. Nichtsdestotrotz war der durch die ARENA angestoßene Impuls im Bereich der Landwirtschaft zu schwach und trug zu einer ideologisch-politischen Distanzierung der ländlichen Bevölkerung vom rechtskonservativen Lager bei. Die Vernachlässigung des ländlichen Raums seitens der ARENA-Regierungen spiegelt sich auch in den geringen Ausgaben für den landwirtschaftlichen Sektor im Vergleich zu den staatlichen Gesamtausgaben wieder. So nahmen die öffentlichen Ausgaben für die Landwirtschaft zwischen 1995 und 2008 stetig ab und fielen zwischen 2005 und 2007 auf 1,2 % des Staatshaushaltes (vgl. Serna Hidalgo 2009: 32). Im Bereich der Sozialpolitik war die Tätigkeit der Regierung eng mit den Programmen internationaler Organisationen wie der Weltbank, der BID und der Europäischen Union abgestimmt. Dies geschah im Rahmen der Finanzierung für die Umsetzung von sozialpolitischen Maßnahmen, die die Entwicklungslinien des Landes ausschlaggebend determinierte.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die wirtschaftliche Basis El Salvadors von ihrem Fokus auf die Landwirtschaft löste und sich die Akkumulationsgrundlage auf die Besteuerung, die Rücküberweisungen aus dem Ausland, den Finanzdienstleistungssektor und die Maquiladoras, vor allem in der Textil- und Lederverarbeitung, ausweitete. Diese Wirtschaftspolitik hatte jedoch für weite Teile der Bevölkerung kaum positive Konsequenzen. Sehr wohl spielte sie jedoch in der Rekonfiguration der sozialen Kräfte des Landes eine Rolle, eine Tatsache, die sich auf die Wahlen von 2009 maßgeblich auswirkte.

5.2 Schlussbetrachtungen: Der Sieg der FMLN und die Präsidentschaft von Mauricio Funes

Schon 2007 betonte die FMLN in der Ankündigung der Präsidentschaftskandidatur von Mauricio Funes und Salvador Sánchez Ceren, dass Funes weder aus der Führungsgruppe noch aus den Reihen der eigenen Partei stammte. Diese von einigen Sektoren der FMLN getroffene Entscheidung wurde von der Bevölkerung positiv aufgenommen. Die Strategie einer Doppelführung sollte für die eigene Partei außerdem ein Bild der Erneuerung und der Einheit verkörpern.

Nach vier verlorenen Präsidentschaftswahlen schaffte es die FMLN 2009 schließlich unter der Führung des Präsidentschaftskandidaten Mauricio Funes und Salvador Sánchez Ceren, der als Vizepräsident antrat, die ARENA um zehn Prozentpunkte zu schlagen (PDBA 2009). Bei einer Analyse des Wählerverhaltens der Präsidentschaftswahlen von 2004 und 2009 hinsichtlich des Einkommens und des Bildungsgrades fällt auf, dass der Erfolg der FMLN mit einer Transformation der sozialen und politischen Kräfte des Landes einherging. Während die ARENA einen Teil ihrer Stimmen aus dem Lager der oberen und unteren Mittelschicht verlor (Reduktion der Stimmenanteile von jeweils 33,3 % auf 14,3 % und von 24,2 % auf 15,7 %), konnte die FMLN AnhängerInnen in den marginalisierten und ländlichen Bevölkerungsschichten hinzugewinnen (Anstieg von jeweils 26,3 % auf 42,6 % und von 18,6 % auf 34,4 %). Gleichzeitig erweiterte sie ihre Wählerbasis in der oberen Mittelschicht (Anstieg von 33,3 % auf 71,4 %). In Bezug auf den Bildungsgrad konnte beobachtet werden, dass die ARENA zwischen 2004 und 2009 ihre WählerInnenbasis mit niedrigem Bildungsstand konsolidieren konnte, während die FMLN im gleichen Zeitraum ihre AnhängerInnen mit hohem Bildungsgrad, also mit Schulabschluss oder universitärem Hintergrund, halten konnte (vgl. IUDOP 2009: o.S.).

Abgesehen von der Frage, wer genau für Funes und die FMLN gestimmt hatte, deuten die politischen Kräfteverhältnisse zu Beginn seiner Amtszeit auf eine schwierige Regierungsführung und zahlreiche vorprogrammierte Konflikte hin. In Bezug auf die gesetzgebende Gewalt werden die Abgeordneten der ARENA und der FMLN etwa mit der Partei der Nationalen Versöhnung (Partido Conciliación Nacional, PCN) verhandeln müssen. Die PCN, die in der Vergangenheit eher mit dem rechtskonservativen Lager kooperierte, konnte 11 Parlamentssitze für sich gewinnen. Auf der

anderen Seite werden die sechs Abgeordnetensitze, die die Partei des Demokratischen Wandels (Partido Cambio Democrático, PCD) erringen konnte, kaum helfen, wesentliche Entscheidungen im Sinne der FMLN durchzusetzen. Einen starken Widersacher wird die FMLN auch in der Regierung der Landeshauptstadt San Salvador vorfinden. Dort hatte die FMLN-Kandidatin Violeta Menjívar gegen Norman Quijano von der ARENA verloren. Letzterer konnte, unter Vorwürfen des Wahlbetrugs, 35 % der Stimmen für sich verbuchen.

Auf welche Arte und Weise sich die Regierung Funes mit der ökonomischen Elite der Oligarchie arrangieren wird, zeichnete sich bereits in den ersten Monaten ihrer Amtszeit ab. Funes äußerte zwar die Absicht, ein Finanz- und Steuerpakt mit der Privatwirtschaft durchzusetzen, das die Zuschüsse zu Strom, Flüssiggas, Transportkosten und Wasser „rationalisieren“ und gleichzeitig auch die Steuerhinterziehung der Banken und multinationalen Unternehmen verringern sollte (vgl. Boyer 2009: 10). Trotz dieser „guten Absichten“ ist vorherzusehen, dass die Umsetzbarkeit des Regierungsprojekts zum Großteil von der internationalen Kooperation und massiven Krediten der Weltbank und der BID sowie von der Neuverhandlung der Auslandsschulden abhängen wird (ebd.). Weiters muss berücksichtigt werden, dass Funes vielleicht in der eigenen Partei auf die größten Widerstände stoßen wird. Wie die Führung der FMLN bei mehreren Gelegenheiten betonte, „ist das Verhältnis mit dem Präsidenten nicht ganz harmonisch“ (ebd.). Die Unstimmigkeiten zwischen dem Präsidenten und Vizepräsident Salvador Sánchez Ceren hinsichtlich der Landwirtschaftspolitik und dem Beharren von Funes auf einen Konsens mit dem rechten Lager könnten die wichtigsten Streitpunkte mit der Partei darstellen (ebd.: 9f).

Nicht weniger relevant ist die Frage der Neuordnung der sozialen Kräfte. Die sozialen Bewegungen und die Nichtregierungsorganisationen, die die FMLN seit ihrer Parteigründung unterstützt haben, werden ihre Rolle als Akteurinnen in den hegemonialen Auseinandersetzungen und als Gegengewicht zum Staat überdenken müssen. Dabei wird es für die Agenda der sozialen Bewegungen von Bedeutung sein, ihre Konditionierung durch die Wahlzyklen zu beenden und autonom gegenüber der politischen Klasse, vor allem gegenüber der FMLN, aufzutreten.

Auf der Ebene der Tatsachen wird das Regierungsprojekt von Mauricio Funes (2009–2014) sich zur zentralen Aufgabe stellen, einen sozialdemokra-

tischen und marktwirtschaftlichen Rahmen herzustellen (vgl. Boyer 2009: 11) – ein Vorhaben, das sich erheblich vom radikalen Inhalt des Sozial- und Demokratieprogramms (PSD) von Shafik Handal aus dem Jahr 2004 unterscheidet. Das Projekt von Funes stützt sich auf vier strukturelle Achsen: eine Sozialreform, eine Wirtschaftsreform, die Umweltpolitik und eine politische Reform. Die ersten beiden Achsen stellen eine noch nicht beglichene Rechnung der politischen Gesellschaft seit der Rückkehr zum Frieden dar (vgl. Funes/Ceren 2009). Obwohl Funes versucht, das für die ärmsten Bevölkerungsschichten ungünstige Kräfteverhältnis zu verändern, sind seine Reformvorschläge in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht wenig profund und von begrenzter Wirkung. Der globale Anti-Krisenplan der Regierung nimmt einige der Vorschläge der Wahlkampagne auf, wie etwa die Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen innerhalb von 18 Monaten, die Errichtung und Renovierung von 25.000 städtischen Wohnungen und die Gründung einer staatlichen Bank für Wirtschaftsförderung (vgl. Funes 2009). Auffällig ist, dass Funes und Ceren im Bereich der Reformvorschläge im Sozialbereich auf das „Programm Solidarisches Netz“ (Programa Red Solidaria) zurückgreifen. Dieses Projekt der ARENA-Regierungen, das kaum zur Verringerung der Armut beitrug, wird von der neuen Regierung unter dem Namen „universelle und solidarische Gemeinschaften“ (Comunidades Solidarias Universales) weitergeführt. In der Amtszeit von Elías Antonio Saca wurden im Rahmen dieses Programms monatlich 15,- US-Dollar an die bedürftigsten Familien ausbezahlt. Neben der Vermeidung populistischer Strategien ist es seitens der FMLN auch notwendig, ihr Augenmerk verstärkt auf die progressiven Sektoren der salvadorianischen Zivilgesellschaft zu richten: Diese haben sich nicht nur in ihrer Zusammensetzung verändert, sondern fordern auch einen Staat ein, der auf die neuen Bedürfnisse und Vorgaben dieser organisierten Bevölkerungsschichten eingeht.

*Aus dem Spanischen von Dana de la Fontaine,
Melanie Hernandez Sanchez und Stefan Pimmer*

- ¹ Für methodologische und konzeptuelle Hinweise bei der Erarbeitung des Artikels bedanke ich mich bei Kristina Pirker und Lucio Oliver.
- ² Im lateinamerikanischen Kontext verweist der Begriff *pueblo* (Volk) in der Regel auf ausgebeutete und unterdrückte gesellschaftliche Gruppen (vgl. Dussel 2006: 87ff), also auf jene, die Antonio Gramsci als Subalterne bezeichnete und die den herrschenden

Eliten gegenüberstehen. Wenn hier also von „Volk“ die Rede ist, sind damit subalterne gesellschaftliche Gruppen gemeint. Um auf diese Konnotation auch im Adjektiv popular hinzuweisen, wird dieses in der deutschen Übersetzung unverändert belassen, etwa auch im von Gramsci geprägten Begriff des National-popularen (vgl. dazu Pérez Ramírez und Ortega Reyna in dieser Ausgabe).

- ³ Die Coordinadora ist die erste Vorläuferin der Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN), die sich wiederum aus fünf Organisationen zusammensetzt: den Fuerzas Populares de Liberación del „Farabundo Martí“, der Resistencia Nacional (NR), des Ejército Revolucionario del Pueblo (ERP), der Partido Comunista de El Salvador (PC) und der Partido Revolucionario de los Trabajadores Centroamericanos (PRTC).
- ⁴ Die „14 Familien“ repräsentieren eine symbolische Zahl der einheimischen, von spanischen Einwanderern abstammenden Oligarchie, die sich auf die Kontrolle der 14 Provinzen von El Salvador bezieht. Als besonders einflussreich gelten folgende Familien: Meléndez-Quíñonez, Dueñas, Araujo, Orellana, Álvarez und Meza-Ayau.

Literatur

- Acevedo, Carlos (1994): Las elecciones de 1994: consolidación de la hegemonía de ARENA. In: *Revista Estudios Centroamericanos (ECA)* 545/546, 195-211.
- Aguilar, Jeannette (2007): La evaluación ciudadana del tercer año de gobierno de Antonio Saca: las paradojas de la opinión pública salvadoreña. In: *Revista Estudios Centroamericanos (ECA)* 705, 503-506.
- BCRS – Banco Central de la Reserva de El Salvador (2008): Encuestas a empresas del sector privado y balances del banco de sistemas. <http://www.bcr.gob.sv>, 3.II.2009.
- BDTSE (2009): Base de datos oficiales del Tribunal Supremo Electoral de El Salvador. <http://www.tse.gob.sv/>, 3.II.2009.
- Boyer, Jean François (2009): El Salvador: una izquierda prudente y conservadora. In: *Le Monde diplomatique México* 14, octubre de 2009, 8-11.
- Burgos, Raúl (1994): As peripécias de Gramsci entre Gulliver e O Pequeno Polegar. Um estudo sobre os projetos políticos do PT e da FMLN. Campinas: Unicamp.
- CIDAI – Centro de Información, Documentación y Apoyo a la Investigación (2006): Las elecciones presidenciales: un triunfo del bloque hegemónico de la derecha. In: *Revista Estudios Centroamericanos (ECA)* 665/666, 227-245.
- DGECS – Dirección General de Estadística y Censos de El Salvador (2003): Encuesta de Hogares de Propósito Múltiples 2002. San Salvador: Ministerio de Economía de la República de El Salvador, CA.
- Dussel, Enrique (2006): 20 tesis de política. México, D.F.: Siglo XXI.
- Foley, Michael W./Vickers, George R./Thale, Geoff (1997): *Tierra, Paz y Participación: El desarrollo de una política agraria de posguerra en El Salvador y el papel del*

- Banco Mundial. Washington: Washington Office on Latin America. <http://lasa.international.pitt.edu/LASA97/foleyspa.pdf>, 9.2.2010.
- Fundación Promotora de Cooperativas (2004): Elecciones presidenciales en El Salvador. El miedo ganó una batalla a la esperanza. <http://www.unite-ch.org>, 3.II.2009.
- Funes, Mauricio (2009): Discurso de toma de posesión del 1 de junio de 2009. <http://lavanguardiaelsalvador.wordpress.com/2009/06/01/discurso-de-presidente-mauricio-funes-completo/>, 18.II.2009.
- Funes, Mauricio/Salvador Ceren (2009): Programa de Gobierno 2009–2014. <http://www.fmln.org.sv/fmlnORG/archivos/file/2008/gobierno%20del%20cambio.pdf>, 18.II.2009.
- González, Luis Armando (2004): De la ideología al pragmatismo: ensayo sobre las trayectorias ideológicas de ARENA y el FMLN. In: Revista Estudios Centroamericanos (ECA) 661/662, 1173-1202.
- Gordon, Sara (1989): Crisis política y guerra en El Salvador. México, D.F.: Siglo XXI/ Instituto de Investigaciones Sociales, UNAM.
- IUDOP – Instituto Universitario de Opinión Pública (2009): Encuesta de preferencias políticas para las elecciones legislativas, municipales y presidenciales de 2009. Consulta de opinión pública septiembre de 2008. San Salvador, octubre de 2008. Serie de informes 117. San Salvador: Universidad Centroamericana José Simeón Cañas.
- PDDBA – Political Database of the Americas (2009): Electoral Systems and Data. Georgetown University. <http://pdba.georgetown.edu/>, 13.9.2009.
- Pirker, Kristina (2008): La redefinición de lo posible: militancia política y movilización social en El Salvador 1970–2004. México, D.F.: Universidad Nacional Autónoma de México.
- Ruiz Contardo, Eduardo/Benítez Manaut, Raúl/Córdova Macías, Ricardo (1990): Luchas y conflictos. In: Vuskovic, Pedro/González Casanova, Pablo/Camacho, Daniel/Zemelman, Hugo/Ruiz Contardo, Eduardo/Benítez Manaut, Raúl/Córdova Macías, Ricardo (Hg.): América Latina, hoy. México, D.F.: Siglo XXI/ Editorial de la Universidad de las Naciones Unidas, 242-312.
- Serna Hidalgo, Braulio (2009): Istmo Centroamericano y República Dominicana: desafíos de la crisis global al crecimiento agropecuario. Serie Estudios y Perspectivas, Documento 109. México, D.F.: Sede Subregional de la CEPAL en México.
- Velásquez Carrillo, Carlos (2009): ¿Existe aún oligarquía, existen las „14 familias“? In: Revista Envío 238. <http://www.envio.org.ni/articulo/4023>, 18.II.2009.
- Zavaleta Mercado, René (2008): Lo nacional-popular en Bolivia. La Paz: Plural editores.

Abstracts

Gegenstand des vorliegenden Beitrags sind die sozialen und politischen Transformationsprozesse nach dem Ende des salvadorianischen Bürgerkriegs 1992. Aufgrund wirtschaftlicher Diversifizierungsprozesse und der Nachwehen des Bürgerkriegs konnte sich in den 1990er Jahren eine hegemoniale Konstellation unter neoliberalen Vorzeichen etablieren, die von den oligarchischen Kräften des Landes getragen wurde. Das neoliberale Herrschaftsprojekt geriet jedoch schon ab 1999 wieder unter Beschuss. Unter Mitwirkung der Gewerkschaftsbewegung gelang eine allmähliche Neuausrichtung der subalternen Kräfte des Landes, die im März 2009 schließlich im Wahlsieg der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional, FMLN) unter dem Kandidaten Mauricio Funes gipfelte. Unabhängig vom politischen Willen erweist sich der Gestaltungsspielraum der neuen Regierung jedoch als relativ eng. Dies gilt nicht nur in Hinblick auf die oligarchischen Kräfte sondern auch bezüglich der möglichen Konflikte zwischen dem Präsidenten und der FMLN.

This article examines the social and political transformations in El Salvador after the end of civil war in 1992. As a result of the aftermath of the war and economic diversification processes, conservative forces managed to establish an hegemonic constellation under the leadership of oligarchic groups affiliated to neoliberal ideology. Since 1999, a realignment of subaltern forces, which involved a resurrection of the union movement, began to undermine the political project of neoliberalism. After several setbacks, this reorganization of subaltern forces finally culminated in the victory of Mauricio Funes and the FMLN in presidential elections in 2009. However, his government has turned out to be full of counterweights which will influence the course of the new government.

Mónica del Carmen Cerón Díaz
Masterprogramm für Lateinamerikastudien an der
Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM)
monica_ceron@hotmail.com